



Pressemitteilung vom Freitag, 26. Januar 2018

Die soziale Sicherheit gehört denen, die ihren Beitrag dazu leisten

MC/CM (Christliche Krankenkasse), CSC-ACV, MOC/Beweging.net (Christliche Arbeiterbewegung) protestieren gegen die populistischen und irreführenden Reden, die glauben lassen wollen, dass das derzeitige Niveau der sozialen Sicherheit durch die Aufnahme von Migranten gefährdet würde. Es sind nicht die Flüchtlinge, die unseren Sozialschutz bedrohen, sondern die Föderalregierung, die ihr die Einnahmen entzieht, ihr schwere Einsparungen auflastet und Reformen auf Kosten der Leistungsberechtigten umsetzt.

In der öffentlichen Debatte über den Flüchtlingsstrom und die Aufnahme von Flüchtlingen kam in dieser Woche die soziale Sicherheit ins Visier. Diese soll, laut den Aussagen, in großer Gefahr sein: „Die Flüchtlinge profitieren von der sozialen Sicherheit. Unsere Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen bringt dieses solidarische System in Gefahr mit der unvermeidlichen Folge, dass unser Lebensstandard sinkt“.

Simpel und demagogisch finden CM/MC, ACV-CSC und beweging.net/MOC diese Äußerungen. Man darf nicht vergessen: Diejenigen, die solche Argumente verwenden und sich als Verteidiger eines bedrohten Meisterwerkes ausgeben, versuchen in Wirklichkeit, die Solidarität und die sozialen Rechte abzubauen aus einer ultra-liberalen Vision der Gesellschaft.

MC/CM, CSC-ACV und MOC/Beweging.net wollen einiges richtigstellen :

- Die soziale Sicherheit gehört vor allem den Personen, die dazu beitragen. Nicht den Politikern, die sie zu instrumentalisieren versuchen. Unser Sozialsicherheitssystem wird überwiegend von den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer finanziert und erst in zweiter Instanz durch Steuern und andere Steuereinnahmen des Staates.
- Zuwanderung kostet nichts, sie bringt etwas ein. Im Gegensatz zu dem, was allgemein geglaubt wird, haben Flüchtlinge keine Rechte in der belgischen Sozialsicherheit, solange sie nicht dazu beitragen. Der Zugang zur medizinischen Notversorgung und materiellen Unterstützung ist streng geregelt und ethisch und menschlich nicht mehr als gerechtfertigt. Das kostet eine Kleinigkeit im Vergleich zu den 80 Milliarden Euro, die jährlich an die Sozialsicherheit gehen. Zum Beispiel gibt der Staat weniger als 50 Millionen Euro für dringende medizinische Hilfe aus. Bewiesen ist ebenfalls, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in der Tat mehr einbringen als sie kosten. Eine vergleichende Studie der OECD weist darauf hin, dass in Belgien die steuerliche und budgetäre Auswirkung der Einwanderer durchschnittlich 3.500 Euro pro Jahr und pro Person darstellt, also etwa 1 % des BIP.

- Die wirkliche Bedrohung der sozialen Sicherheit kommt von innen und nicht von außen. Die von der Föderalregierung getroffenen Maßnahmen schwächen die sozialen Rechte. So hat die deutliche Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge, die im Rahmen der Tax-Shift beschlossen wurde, die Einnahmen der sozialen Sicherheit stark eingeschränkt. Das führte zu Sparmaßnahmen bei den Ausgaben, besonders im Sektor der Gesundheitspflege/Entschädigung, in der Arbeitslosenversicherung und bei den Pensionen. Außerdem ist die Finanzierung dieser Tax-Shift für mindestens 4,8 Milliarden Euro nicht abgedeckt. Das Risiko ist daher groß, dass diese Rechnung später wieder den gleichen Arbeitnehmern und Sozialversicherten präsentiert wird.
- Die Flüchtlingsströme werden nicht schnell versiegen. Bewaffnete Konflikte, Verfolgungen, wirtschaftliche Ungleichheiten, Klimakatastrophen... haben die Völker zu allen Zeiten gezwungen, sich ins Exil zu begeben.

MC/CM, CSC-ACV und MOC/Beweging.net fordern die belgische Regierung dazu auf, sich den Herausforderungen der sozialen Sicherheit und der Migration zu stellen und langfristige, wirkliche Antworten zu geben. Diese politischen Entscheidungen müssen von Solidarität getragen werden und nicht von einem Rückzug auf sich selbst.